

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)**

117 (21.5.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253258](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-253258)

# Norddeutsches Volksblatt.

575

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inserate: die viergespaltene Seite 10 S. bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungsliste Nr. 5089.

Organ für Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes.

Abonnement bei Vorausbezahlung frei ins Haus: vierteljährlich . . . . . 2,10 M für 2 Monate . . . . . 1,40 M für 1 Monat . . . . . 0,70 M excl. Postbestellgeld.

Redaktion und Expedition: Sant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 117.

Sant, Dienstag den 21. Mai 1895.

9. Jahrgang.

## Wir glauben's nicht.

Das ganze Jahr hindurch erfüllen die Junker das Land mit ihrem Geschrei nach Staatsreichen und Liebesgaben. Stellt man sie aber einmal darob zur Rede, dann geben sie sich als „Bämmlein weiß wie Schnee“, dann haben sie niemals ein Wässerchen getrübt. So ging's auch in der Reichstagsprüfung vom verflochtenen Mittwoch, als über die Wiedereinstellung der Verfassung des Wahlgesetzes beraten wurde. Da ward von der Aufforderung zum Staatsreiche gesprochen, die Graf Mirbach im Herrenhause erlassen hat. Der edle Graf war „zufällig“ nicht anwesend und seine Freunde suchten ihn weiß zu waschen. Da erfuhr man denn unter allgemeinem Staunen, daß die Konservativen gar keine Feinde des allgemeinen Wahlrechts sind und daß sie die Aufrechterhaltung desselben „aufrichtig“ wünschen. Die diesbezüglichen Erklärungen, welche der medienburgische Reaktionsist von Buchta und der Graf von Limburg-Sturum abgaben, hatten offenbar den Zweck, die Mittelparteien glauben zu machen, die Konservativen seien aufrichtige Konstitutionelle. Das bei den Mittelparteien ermachte Mißtrauen in Bezug auf die Staatsrechtsgelüste der Junker sollte eingelullt werden.

Wir sagen den Herren einfach in's Angesicht: Wir glauben ihnen nicht! Und je inbrünstiger sie versichern, daß sie keine schwarzen Pläne gegen das allgemeine Wahlrecht hegen, desto weniger glauben wir es.

Noch halten die Lüste wider von dem wilden Bärm, der sich nach dem Falle der Limburgvorlage in der ganzen konservativen Presse erhob. Einige dieser frechen Blätter forderten wieder den Umsturz der Reichsverfassung, damit ein „fruchtbarer“ Reichstag gewählt wird, namentlich ein solcher, der ihnen neue landwirtschaftliche Gülle und andere Liebesgaben bewilligt. Und doch magt man zu leugnen!

Es kommt das Alles nicht von heute und nicht von ungefähr. Schon Bismard und Puttkamer haben aus ihrer Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht kein Hehl gemacht. Dasselbe sollte sich, nach Herrn v. Puttkamer, „nicht bewährt“ haben, weil es nicht im Sinne und nach dem Geschnade dieser junkerlichen Bureaukraten vom deutschen Volke angenommen worden ist. Die Konservativen haben den von ihnen so verehrten Staatsmännern kräftig sekundiert und Herr von Hellborn machte den ersten Angriff, indem er die fünfjährigen Legislaturperioden durchlegte. Das sollte die Einleitung zu einem Angriff auf das Wahlrecht selbst sein. Wenn später der König Stumm forderte, jedem Sozialdemokraten müsse die Wahlberechtigung entzogen werden, so ist das doch auch eine Veltätigung des allgemeinen Wahlrechts.

Die Nationalliberalen machten wie gewöhnlich den Junkern die Trabanten. Auch die „National-Zeitung“ griff das allgemeine Wahlrecht an, weil durch dasselbe,

wie sie behauptete, „wurmstichige Existenzen“ in den Reichstag kämen, welcher Ausbruch wohlgemähter Bourgeois Gesinnung bei dem liberalen Philistherum natürlich den lebhaftesten Anklang fand.

Alle diese Anzeichen, denen man noch tausend andere hinzufügen könnte, beweisen, daß in den herrschenden Klassen eine sehr starke Strömung gegen das allgemeine Wahlrecht herrscht, deren Urheber die Junker sind. Wir begreifen das auch vollkommen. Von seinem Standpunkt aus hat Bismard in der That einen Fehler gemacht, als er das allgemeine Wahlrecht einführte. Wenn ihm Passale wirklich diesen Gedanken eingelegt hat, so beweist dies, daß Passale in diesem Punkte scharfblickender war, als der „große Staatsmann“. Bismard schuf sich in dem allgemeinen Wahlrecht ein Mittel für den Moment, das er brauchte, um das gegen ihn im Volke verbreitete Mißtrauen zu beseitigen, und daß ihm, wenn wir anders recht berichtet sind, Passale seine Nebenken gegen die demokratischen Wirkungen des Wahlrechts hat ausreden können, ist keine erting anzuschlagende Leistung. Der Stifter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins dachte sich offenbar, wenn wir das allgemeine Wahlrecht nur erst einmal haben, so wird sich das Andere schon von selber finden.

Und es hat sich gefunden — das allgemeine Wahlrecht, ursprünglich eine Waffe des Blut- und Eienmannes, ist eine scharfe mächtige Waffe des arbeitenden Volkes geworden, mit der es sich Bahn bricht innerhalb der sich aufblühenden alten Junker- und Bourgeoiswelt.

Je mehr die herrschenden Klassen fühlen, daß ihnen der Boden unter den Füßen weicht, desto verzweifelter werden die Mittel, die sie anwenden. Jeder weise Staatsmann wird in einem allgemeinen Wahlrecht ein politisches Sicherheitsventil erblicken; es trägt kein Teil dazu bei, politischen Katastrophen vorzubeugen und ermöglicht die Ausföhrung der leidenschaftlichen Parteikämpfe mit „gesetzlichen“ Mitteln. Wer darum die Hand an ein bescheidenes allgemeines Wahlrecht legt, der freudigt gegen die Wohlfahrt der Gesamtheit. Aber wo wären die Privilegien von Freuden gegen die allgemeine Wohlfahrt jemals abgehalten worden, wenn sie ihr Egoismus und ihr Klassenhaß dazu antrieb?

Wir werden uns durch die friedfertigen Versicherungen der Herren Junker nicht täuschen lassen; wir werden jederzeit scharfen Ausblick halten und sofort das Warnungssignal ertönen lassen, sobald wir im feindlichen Lager eine drohende Bewegung bemerken. Und so sagen wir auch heute: Das allgemeine Wahlrecht ist bedroht, auch wenn die Junker das Gegenteil versichern, wenn das Zentrum gelobt, es wolle nie vom allgemeinen Wahlrecht lassen, und wenn die Nationalliberalen, denen noch der Schreck ob der Limburgvorlage die Glieder zittern macht, behaupten, auch ihnen sei die „Erhaltung“ des allgemeinen Wahlrechts am

Herzen gelegen. Wir glauben dem Zentrum und den Nationalliberalen so wenig wie den Junkern, denn wenn dem Bourgeois, mag er nun liberal oder sterikal sein, schon von vornherein der Gedanke verhaßt ist, daß die Stimme des Proletariats in der Wahlurne so viel bedeutet, als die seinige, so wirkt das allgemeine Wahlrecht auf ihn wie das rote Tuch auf den Stier, wenn seine kapitalistischen Interessen durch die Wirkungen des Wahlrechts bedroht sind. Die wenigen Brutzeuge der bürgerlichen Demokratie kommen dabei kaum in Betracht.

Man täuscht sich aber in einem Punkte, und zwar in dem, wo man sich gewöhnlich täuscht. Man hält unter Volk für eine träge, urtheilslose Masse, die es kaum merkt, wenn ihr das Wahlrecht genommen wird. Und das ist eine Täuschung von finstlicher Naivität. Die deutschen Arbeiter werden um des Wahlrechts willen nicht ihre Läder zu Hieselbein der Achtmillimetergewehre machen. Aber das allgemeine Wahlrecht hat dem deutschen Volke, sehr gegen die Erwartung und den Willen Bismards, eine politische Erziehung und Schulung beigebracht, um die es von manchem anderen Volke beneidet werden kann. Das deutsche Volk würde den Verlust seines vornehmsten politischen Rechts mit dem größten Schmerz empfinden und die ganze ungeheure Masse der Bevölkerung würde in die Opposition gegen ein System getrieben werden, das ihm kein Wahlrecht mehr gönnt. Gegen eine oder mehrere Parteien kann sich ein System je nach den Umständen halten, gegen ein ganzes Volk nimmermehr. Es muß weichen, wenn die Antipathie eines ganzen Volkes auf ihm lastet. Das mögen sich die leitenden Staatsmänner überlegen, wenn sie geneigt sein sollten, dem Andrängen der Junker nachzugeben.

## Politische Rundschau.

Sant, den 20. Mai.

— Eine Niederlage haben die Bimetallisten dem Reichskanzler Hohenlohe am Donnerstag im preussischen Herrenhause bereitet. Auch diese Niederlage ist der unentschiedenen Haltung des Reichskanzlers geschuldet. Der Antrag Mirbach forderte eine internationale Regelung der Währungsfrage mit dem Endziele eines internationalen Bimetallismus. Reichskanzlerpräsident Koch bekämpfte in gründlicher Weise den Antrag, und bestritt, daß ein internationaler Bimetallismus überhaupt durchführbar sei. Der Reichskanzler aber weiß es besser, als dieser bemähte Sachmann und findet den Antrag sympathisch. Er erwachte, daß er im Reichstage eine internationale Beipredung zu veranlassen versprochen habe. Ueber den neuen Antrag habe sich aber das Staatsministerium noch nicht schlüssig gemacht, er könne also keine Erklärung abgeben. Aus dem Munde eines Geheimrats oder Ministerialdirektors

## Roderne Sklavensäger.

Roman von D. Giffert.

77) **Nachdruck verboten.**  
Wie man die Sterne in heiligen Schauern verehrt, ohne den Wunsch sie zu besitzen; wie die Sterne hocherbaben, unerreichbar aber des Menschen Leben leuchten, so dachte Walter an Malde von Waldenburg wohl mit inniger Liebe, aber der Gedanke, sie zu besitzen, lag ihm so fern, wie der Wunsch, einen leuchtenden Stern vom Himmel herabzugleiten in den Staub der Erde. Jüres Daseins Bahnen hatten sich ein einziges Mal gekreuzt; ein einziges Mal hatten sich ihre Augen in einander gefenkt, tief und innig, ein einziges Mal hatten sich ihres Lebens Sterne freundlich gestrikt, dann waren die Sterne wieder in die eigenen Bahnen eingelenkt, die sie niemals wieder zusammenführen konnten.

Sechs Monate der wildesten Kämpfe, der härtesten Strapazen, der drohendsten Gefahren, sechs Monate unter treuen Kameraden, im tosenden Geräusch der Schlachten oder in laustofler Stille der weiten Savanne, des dichten, düsteren Urwaldes — sie hatten aus feiner Seele das letzte Säubchen des alten Lebens getilgt und aus seinem Herzen die letzte Spur von Selbstsucht und eitlem Streben nach Glück und Geld, das letzte Fädchen zerissen, das ihn noch mit der alten Welt verband. Niemals gedachte er in jene Welt zurückzukehren! Hier in der neuen Welt wollte er bleiben im Leben und im Tode!

Den wilden Kämpfen in Ostafrika war eine Zeit der verhältnismäßigen Ruhe gefolgt. Die zerstörten Städte an der Küste wurden wieder aufgebaut, der Handel, das Gewerbe blühten wieder auf und die Karavanen durchzogen aufs Neue das Gebiet der deutschen Herrschaft, welche jetzt bis an die Gehäbe des gewaltigen Viktoriasee reichte. Aber im Innern des Landes gährte es noch immer.

In den Völkerschaften der Raffiti und der Raffia loderten die Flammen des Kampfes aus begrifflicher Ursache von Neuem empor, deshalb wurden von Zeit zu Zeit kleinere Expeditionen in die Gebiete jener Völkerschaften gesandt. Eine solche kleinere Expedition war es, welche Walter durch das Nimbambara-Gebiet an der Grenze des Raffialandes entlang nach dem Kilimandscharo zu führen hatte. Der Hauptzweck dieses Zuges war, einer größeren Handelskarawane zu Hilfe zu kommen, welche von dem Viktoriassee nach dem Kilimandscharo unterwegs war und von hier die Küste erreichen wollte. Die Handelskarawane war allerdings auch von einer kleinen bewaffneten Macht der deutschen Schutztruppe begleitet; aber es waren Gerüchte an die Küste gelangt, daß die Karawane in dem Raffialande stark bedroht werde, deshalb sandte man ihr die Hilferpedition unter Walter entgegen. Dieser hatte den Auftrag mit um so größerer Freude übernommen, als er bei dieser Gelegenheit mit Herbst von Waldenburg zusammenzutreffen mußte, der als Befehlshaber der kleinen Truppenmacht die Handelskarawane begleitete. Dem Brief, welchen Malde ihm an ihren Bruder mitgegeben, hatte Walter bereits an Herbst v. Waldenburg gesandt, aber diesen sprechen und kennen zu lernen, war noch keine Gelegenheit gewesen. Mit um so größerer Spannung sah Walter daher der Begegnung entgegen. Er hatte von Herbst v. Waldenburg an der Küste nur Gutes gehört; ein kottter, leichtberziger Offizier, ein treuer, lebenswürdiger Kamerad und Freund und ein tapferer Soldat — das war das allgemeine Urtheil über den früher leistungstüchtigen Studenten, der seines Vaters Ruin mit auf dem Gewissen hatte.

Die Nacht brach mit tropischer Schnelligkeit herein, und dunkle Schatten füllten den Wald ein, durch welchen in rothen Gluthen die Wackfeuer der kleinen Truppen

loderten. Von den Eis- und Schneefeldern des Kilimandscharo wehte ein kalter Wind herüber, und erschauernd vor Frost zog Walter die Wolldecke fester um die Schultern, indem er sich von Justof noch einen Becher heißen Thee einschenken ließ. Die Ruhe des Waldes ward durch seltsame Töne mancherlei Art unterbrochen. Das nächtliche Treiben des Waldes begann. In dem dichten, fast undurchdringlichen Gebüsch, in den Zweigen und dem Laubdach der Bäume rauschte und klangte der Wind und brachte die fremdartigen Töne hervor. Bald schienen Feen und Nymphen in dem Laubdach zu flütern und leise Schimmerlieder zu singen; bald klang es wie das entsetzlich gelinde Geschrei finstlicher Dämonen und unfehliger Geister. Bald erbraute der Wald in den tiefsten Afforden einer Riesengorgel, von mächtiger Geisterhand gespielt, bald künnele es in den Blättern wie das Lied einer Darke. In das gewaltige Konzert des Waldes mischten sich die Stimmen der Tierwelt. Dort auf jenem Zweige ruhte lauernd ein gelber schwarz gefleckter Panther; sein Murren und Knurren schreckte eine Affenschar auf, die mit schüllem Streifen davonhob. Mit glühendem Auge beobachtete der Panther die drunten im Walde lagernden Reuten, aber er war zu scheu und zu feig, um sich in den Reichthum der Feuer zu wagen, und zog sich leicht murrend in das Dickicht zurück. Schon umfinglichen das Lager die gespenstlichen Qualmen, deren greuliches Lachen unheimlich wie der Spott unächthbarer Dämonen durch die Nacht erklang. Ein Schnauben, Brausen, Stampfen, Krachen zertrretener Zweige und dann und wann seltsamer, schmetternder, mardender Trompetenton ertönte dort in dem dichten Unterholz, welches sich bis zu dem Sumpfe in der Ebene hinabzog. Eine Elephantenherde brach sich dort Bahn, um die mächtigen Teiber in dem Wasser des süßlen Sumpfes zu baden.

(Fortsetzung folgt.)

würde sich diese Erklärung ganz plausibel anhören. Von einem Reichsfanzler und Ministerpräsidenten dürfte man aber wohl eine bestimmtere Antwort erwarten. Warum hat sich denn das Staatsministerium noch nicht schlüssig gemacht? Deshalb blieb auch die Niederlage nicht aus. Der Reichsfanzler forderte, daß die Schlüsselwörter „mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus“ gestrichen würden. Das Herrenhaus legte sich aber nicht daran, sondern nahm den Antrag „voll und ganz“ mit einer Zweidrittel-Mehrheit an. Damit hat der Reichsfanzler seinem Ruhmestranz ein neues Blatt eingefügt.

Die Tabaksteuer ist gefallen — es lebe die Biersteuer! Scheint der nächste Schloßstrich der Regierungen zu sein, die unter allen Umständen mehr Geld wollen, für den Militarismus mehr Geld brauchen und schon lange vergessen haben, daß es einmal Ruhe war, dem Volke zu versprechen, daß die Mehrbelastung durch die Militärauflage auf die starken Schultern abgewälzt werden solle. Im württembergischen Landtage hat der Herr Finanzminister Riede vor einigen Tagen schon angekündigt, daß man wohl auf die Biersteuer noch kommen werde. Dieser Tage ließ nun auch der bairische Finanzminister Buchenberger einer Deputation der bairischen Wirtse gegenüber durchblicken, daß eine Erhöhung der Biersteuer im Bereich der Möglichkeit liege. — Also wieder indirekte Besteuerung eines der notwendigsten Lebensmittel — der Reiche trinkt seinen Wein aus eigenem Keller unversehrt. Aber wir leben in einem gerechten Staat!

Der Sturm auf die Margarine soll losgehen. Die Agrarier haben ihren diesbezüglichen Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht. Zur Kennzeichnung der damit verfolgten Absichten genügt es, darauf hinzuweisen, daß das Salzen wie das Färben der Butter gestattet, dagegen das Färben von Butter, Schmalz, Margarine, sowie der hierbei zur Verwendung kommenden Fette verboten sein soll. Butter und Konditorien sollen verpflichtet werden, sofern sie Margarine und Runkfette zur Herstellung ihrer Backwaren verwenden, dies bekannt zu machen. Die Ein- und Ausfuhr von Butter, Butter, Schmalz, Margarine, Runkfetten und Käse oder anderen Nachahmungen von Butter ist verboten, wenn die Produkte nicht den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechen.

Eine Enquete über die Lage der deutschen Landwirtschaft, unter Berücksichtigung der geographischen Lage, der Größenklassen, der Betriebe der verschiedenen Betriebsarten, des Verschuldungszustandes und der Arbeiterverhältnisse zu veranlassen, haben die Abgeordneten Bessel und Dr. Meyer in Form einer Resolution in der Kommission für den Antrag Rangig beantragt. Es wird sich bei der Beschlußfassung darüber zeigen, ob die Herren Jander geneigt sind, wirklich Klarheit über die Verhältnisse der Landwirtschaft zu schaffen.

Zur Reichstagswahl in Köln ist das amtliche Wahlergebnis erschienen. Nach demselben erhielten Landgerichtsrath Greif (Zentr.) 10 353, Dr. Franz Rügenau (Soz.) 7366 und Rentner v. Wittenstein (Nat.) 3887 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Greif und Rügenau erforderlich. Dieselbe ist auf den 27. d. Mts. festgesetzt.

Petitionen an den Reichstag. Das 13. Verzeichnis der beim Reichstage eingegangenen Petitionen enthält u. A. solche um Einberufung einer internationalen Münzkonferenz, um Abänderung des Zuckersteuer-Gesetzes, um Auflösung der genossenschaftlichen Konsumvereine und Zwangsarbeiter, um Anweisung an die Provinzialämter, freihändig zu kaufen, um Verbot der Einführung des Zuckerbrotgesetzes oder Zoll auf dieselbe; weiter Vorschläge, betreffend das sozialpolitische Versicherungswesen und den unautonomen Wettbewerb; eine sehr große Reihe von Petitionen gegen die Umsturzvorlage; weitere betreffend die Abänderung der Gesetze wegen der Wannenverschiffahrt, der Fährerei, der Gewerbeordnung, der Branntweinsteuer und des Zollvereins-Vertrages; endlich solche gegen den Antrag Seyl (Aufhebung des Handelsvertrages mit Argentinien) und für den Antrag Rangig.

Fachsmähl wirkt. Die Uetheile sind gesprochen. Berufungsurtheile sind erfolgt, wo das öffentliche Uetheil gebietlicher Freisprechung verlangte. Jetzt oder verläutet, der bayerische Ministerrat werde sich mit der Sache beschäftigen und die Frage der Verhängung der Berufungsurtheile ansprechen. Die Herren fühlen die politische Wichtigkeit der Fachsmähl Vorgänge. Sie suchen zu retten, was sich für die betreffenden Schichten noch retten läßt. Viel wird es schwierig sein. Die Wunden von Fachsmähl brennen heiß und vernarben nicht.

Die freie Wissenschaft im Polizeistaat. Den polnischen Studierenden der Berliner Universität, ebenso wie kürzlich den polnischen Studierenden der polytechnischen Hochschule, ist auf Grund eines Ministerial-Erlasses der sofortige Austritt aus dem polnischen wissenschaftlichen Verein in Berlin angedroht worden. Im Falle Nichtbefolgung dieses Befehls sei vom Universitätsrektor sofortige Negation angedroht worden. Das ist preussische Kultur!

Wegen Majestätsbeleidigung wurde am 16. Mai der Redakteur der „Volkswacht“ in Breslau um zwei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Die „Kadener Spitzelgeschäfte“ wird nun noch einmal die Gerichte beschäftigen. Die Staatsanwaltschaft in Eibersfeld hat doch gegen das Uetheil der dortigen Strafammer in dem genannten Prozeß, soweit es auf Freisprechung von der Beleidigung der Kadener Polizeibehörde ergeht, beim Reichsgericht in Leipzig Revision eingelegt. Im Falle, daß der Staatsanwalt mit seinem Einspruch Erfolg hat, wird also die be-rühmte „Spitzelgeschäfte“ zum vierten Male vor die

Strafammer gelangen, abgesehen davon, daß sie zweimal den höchsten Gerichtshof des Deutschen Reiches beschäftigen hat.

— Zwei Geld in Deinen Beutel, deutsches Volk, denn du wirst wieder eine Reihe Pensionisten zu bezahlen haben. Der Kaiser hat nämlich unter dem 13. Mai so umfassende Veränderungen in den höheren Kommando-stellen der Armee vorgenommen, wie seit langer Zeit nicht. Nicht weniger als 3 Generalleutenants, 7 Generalmajors, 1 Kavallerieoberst, der Kommandeur einer Kanalerbrigade war, 3 Obersten oder Oberleutenants, die Kavallerie-Regimenter befehligten, 2 Obersten, die Infanterie-Regimenter kommandierten, 2 Obersten von der Artillerie, einer davon Kommandeur eines Feldartillerie-Regiments, der andere Depotinspektor, außerdem verschiedene Obersten und Oberleutenants, die Kommandanten an Truppenübungsplätzen, Kommandeure von Landwehrregimenten u. s. w. waren, haben den Abschied erhalten. Da die Pensionen höherer Offiziere stets ein höchstes Einkommen ausmachen, die Zahl der jenseits Pensionierten aber groß ist, so kann man sich auf ganz nette Kosten freuen machen.

**Ungarn.**

Brag, 17. Mai. Nach dem gestern Abend anläßlich des Johannisfestes abgebrannten Feuerwerke durchzog eine tausendköpfige Menge unter Führung eines christlichen Agitationsliedes die Straßen. Sie machte vor dem böhmischen Nationaltheater mit Stimm-Rufen Halt, desgleichen mit Verant-Rufen vor der Polizei-Direktion. Die Polizei zerstreute die Menge, die sich darauf vor dem deutschen Kasino wiederum sammelte und Verant-Rufe ausbrachte. Abermals von der Polizei zerstreut, zog die Menge vor den Staatsbahnhof, wo sie eine Feuerkugel getrimmert wurde. Es wurde eine Verhaftung vorgenommen.

Budapest, 18. Mai. In Wien wurden am 15. d. M. der Präsident und mehrere Leiter des Arbeitervereins verhaftet. Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden zahlreiche aufreißende Schriften gefunden, die angeblich auf eine projektierte gemeinsame sozialistische Bewegung hinweisen. — Demnach ist schon eine projektierte gemeinsame sozialistische Bewegung ein Verbrechen. Alle Achtung! Herr v. Koller wird vor Reid plagen, wenn er von diesem Geistesblitz seines ungarischen Kollegen hört!

**Schweiz.**

Bern, 18. Mai. Das Zentralkomitee der Volkspartei beantragt, der auf den 26. Mai nach Oberburg einberufenen Parteivernammlung die Ergründung der Initiative zur Volksmaß der Regierungsräthe unter proportionaler Vertretung und zur Volksmaß der Ständeräthe vorzuschlagen. Auch die Proportionalmaß der Mitglieder des Großen Rathes wird einstimmig vorgeschlagen.

**Italien.**

Rom. Die Enthaltungen Cavallottis über die von Crispi betriebene Schandwirthschaft in Italien haben mir kürzlich, soweit sie die Behandlung politischer Organen in Port Ecole betreffen, auszugeweiht wiedergegeben. Zudem enthält Cavallotti ausserordentliche Publikationen noch andere, fast ebenso wichtige Punkte. Crispi hat seinem Werkzeuge Santoro, dem Ex-Polizeikommissar, auch Einblick in seine sonstigen Manipulationen gewährt und Santoro nimmt nunmehr, da er sich mit seinem Ökonom überworfen und ein sicheres Asyl im Ausland gefunden hat, sein Blatt vor den Mund. — Ein Schriftstück ist betitelt: „Crispi und die Wahlen.“ In humoristischer Weise wird erzählt, wie genau Crispi es mit der Wahrheit nimmt. Crispi habe öffentlich immer behauptet, daß er niemals Regierungsgelder für die Wahlen ausgegeben habe; nun seien aber, wie durch Dokumente belegt ist, für die Wahl Spagnolo in seine sonstigen Manipulationen einbezogen worden und zwar unter dem Titel: „Geheime Ausgaben zur Unterdrückung des Brigantensystems.“ Außerdem habe er (Santoro) als Gehilfe des Präsidenten von Bari selbst einmal 8000 Lire zur Unterdrückung des Brigantensystems in der Wahlzeit auf der Hand erhoben. Das zweite Kapitel handelt von der erkaufte Preise, wobei zur Illustration drei Briefe des „Corriere della Pagine“ an Santoro abgedruckt werden, welche von rührender Offenherzigkeit sind. Das Protokollblatt erhielt demnach monatlich 500 Lire Unterstützung aus der Staatskassa. Cavallotti sagt in der Einleitung, daß einzelnen Journalen 1000, 2000, ja in einem Falle 15 000 Lire im Monat bezahlt wurden. Ein drittes Kapitel schildert wieder sehr humoristisch, wie Crispi das Material rettet, indem es die Geschichte der irreführenden Verschönerung von 1889 erzählt, als deren Haupt von Crispi damals Cavallotti bezeichnet wurde, und die den Noed einer Landung in Dalmatien haben sollte. Cavallotti und Santoro bezeichnen das Ganze als eine Einübung Crispi's, unter Anführung amtlicher Dokumente. Darauf folgt jener Theil der Enthaltungen, der von den Greueln in Port Ecole handelt. Nachdem Santoro geschweigt, wie es dort ausfah, berichtet er, daß er Erleichterungen vorgeschlagen habe. Besonders habe er sich für die Sghiljaner verwendet, gegen die Crispi von besonderer Grausamkeit gemessen sei. In ergründeter Weise erzählt er, wie diese Unglücklichen ohne ärztliche Pflege waren und zu gleicher Zeit ohne Arbeit, zudem schickte es an den nöthigen Nahrung und Wäsche für die Organen, da die Regierung keine Mittel hierfür bestimmte. Empört über diese Thatgeschäfte beschwerte sich Santoro im März 1895 bei Crispi und verlangte eine Audienz. Am 5. März fand die Audienz statt; Crispi sagte Abkühle zu, wie Santoro behauptet, aber am 6. März wurde Santoro seines Amtes entsetzt. Santoro ging nach Rom, und nach der Unterredung mit seinen Verehrten kehrte er nach Port Ecole zurück. Hier hatte sich die Lage verschlimmert. Santoro hatte nämlich 19 Zwangsbefehlungen befehlet und ihnen dafür die Freiheit versprochen. Das wurde bekannt, und die anderen coatti betroffen die Be-

kehrten mit dem Tode. Santoro berichtete schweigend hierüber an Crispi, und das Resultat war, daß Santoro von Rom abberufen wurde. Am 19. März hatte Santoro eine Audienz mit Crispi, die sehr stürmisch war. Santoro erinnerte den Minister daran, daß er auch verprochen habe, die neunzehn Verurtheilten freizulassen. Crispi laugnete, es kam zu heftigen Worten, Crispi drohte mit dem Revolver, und Santoro mit der Revolverkugel. Den Schluß des Berichtes macht die Darstellung der Gründe, die Santoro zur Veröffentlichung veranlaßt hätten. Er habe schwören wollen, aber nun sei es seine Pflicht, dem Lande zu zeigen, was Crispi eigentlich ist. — Ob nun endlich der Tyrann Italiens von dem empörten Volk hinweggefegt werden wird? Wer vermöchte das zu sagen! Es ist ja ganz bezeichnend, was ein deutsches, Crispi durchaus nicht gewogenes bürgerliches Blatt dazu meint. Dasselbe findet, daß bei einem großen Theil des italienischen Volkes (der Bourgeoisie nämlich!) Crispi als der Mann gilt, der die Reute gestiftet und das Solbagio vermindert hat, und einem solchen Heros verzieht man Vieles“. Das ist! Die heilige Reute, das Agio! Menschenleben, Menschen-reizen fallen gegen die heilige Reute nicht in's Gewicht.

**Frankreich.**

Paris, 18. März. In der Waisenhausaffaire von Gempus ist jetzt der 348 Seiten lange Bericht der amtlichen Untersuchungskommission an den Generalrath erschienen. Der Bericht erklärt, daß die Behörden von allen Vorkommnissen in der Anstalt genau unterrichtet waren, und daß sie die Grundlosigkeit der Beschuldigungen hätten kennen müssen; und dem Seinepräsidenten, der den Direktor Robin angezeigt hat, wird ein Tadel ausgesprochen. — Die frommen Leute, welche jetzweil die Krüge gegen Robin einleiten und seine Absetzung erzwangen, sind einmal wieder die Blamirten.

**Spanien.**

Madrid, 18. März. Nach einem amtlichen Telegramm aus Havana schlugen die Regierungstruppen in der Umgehung von Quantanamo die Banden der beiden Brüder Maceo. Trotz dieser „Siege“ befehlen wird die Regierung 1500 Mann Kavallerie als Verstärkung nach Cuba senden. — Sayno de Bourbon, der lastliche Thronpräsident, der sich nach Marocco begibt, verzieht auf die von der Regierung verbotene Landung in Spanien und wird sich in Gibraltar ausführen.

**Deutscher Reichstag.**

95. Sitzung vom Freitag den 17. Mai.  
Präsident v. Bueli theilt mit, daß er mit Rücksicht auf die wiederholte Beschuldigung des Hauses fortan nur in bringenden Fällen, welche hinreichend motiviert wären, Urlaub erteilen werde. Es folgt die erste Beratung des Zuckersteuer-Gesetzes. Die Vorlage verlangt Erhöhung der durch das Gesetz vom Jahre 1891 zum 1. August 1895 verordneten Ermäßigungen der Zuckersteuer der Zuckerhülle für ausgeführten Zucker bis Ende Juli 1896 in der Klasse a 1,25 Mk., in der Klasse b 2 Mk., in der Klasse c 1,65 Mk. für 100 Kilogramm. Diese Zulasse sollten vom 1. August 1895 ab auf 1 Mk., 1,75 Mk. und 1,40 Mk. ermäßigt werden und mit dem 31. Juli 1897 überhaupt fortfallen.  
Groß-Vorlesung: Bei diesem Gesetze handelt es sich weniger um das Interesse der Zuckerhändler, als um dasjenige der Zuckerbauern und zumal der kleinen bei dem Wachsen der Zuckerhülle, welche größtenteils den Herren auf der linken u. rechten Seite gehören, welche größtenteils den freigelegten Zucker befreit gefügt haben. Das vorliegende Gesetz will das Branntweinsteuer-gesetz lösen vordemlich dem Interesse der kleinen Landwirthe dienen, und wenn Sie, u. S. von der sozialdemokratischen Partei, das Zustandekommen dieser beiden Gesetze verhindern sollten in der Weise wie gestern, so würde das erst recht einen spärlichen Gewinn einbringen. (Beifall rechts.) Auch würde sich dann zeigen, wie sehr die Interessen für den kleinen Mann doch nur ein patentesches ist. Man frage, weshalb nur ein Reichstag vorgelegt worden sei und nicht ein definitives? Lieber die Notwendigkeit einer Kontingenterung sei man sich ja einig, aber noch nicht über das Wie? Auch über das Wie einer Stoff-Versteuerung bestreite noch Unklarheit. Ein definitiver Entscheidungs sei von ihm bereits ausgearbeitet und werde jetzt vom preussischen Staatsministerium geprüft. Aber ein so mannigfaltig einnehmendes Gesetz habe doch noch verschiedene Stellen zurückzulassen, die in dem Reichstage zu prüfen kämen. Die endgültige Sammlung der Zuckerhülle liege im Uebrigen bei dem internationalen Besitze. Aus den neueren Erklärungen des österreichischen Finanzministers werde man ersehen haben, daß bei den internationalen Verhandlungen die endgültige Abschaffung der Zuckerhülle als Ziel in Aussicht genommen sei. Darin liege der Schwerpunkt. Sollten sich die hiesigen gerichteten Hoffnungen nicht erfüllen, dann freilich werde auch Deutschland nicht einseitig mit der Abschaffung seiner Zuckerhülle vorgehen können.  
Hr. Regier. Rath (Soz.): Die freisinnigen Herren der Zuckerindustrie kennensgütig gleichgültig gegenüber. Sie meinen aber, daß der Industrie nur auf dem Wege der Erhöhung der Kontingenterung geholfen werden könnte. Mit diesem Reichsgesetz befreiten wir eine solche Bahn.  
Minister Pr. v. Hammerstein weist auf die schwedischen internationalen Verhandlungen Bezug nehmend auf die Zuckerhülle-Prämien hin. Bei diesen Verhandlungen würden wir in eine ungünstige Position gelangen, wenn wir jetzt einseitig mit Abschaffung der Prämien vorgehen wollten. Beste landwirtschaftliche Kapitalien — nämlich sei die Zuckerindustrie vornehmlich eine landwirtschaftliche Industrie — würden dann ruiniert werden. Einbehalten müßte man noch dahin streben, mit den Auslandsstaaten Kontingenterung zu bleiben. Deshalb solle ja auch die Vorlage nur bis Juli 1897 gelten. Bis dahin würden entweder die Verhandlungen mit dem Auslande nun Ziele führen und die Prämien all-gemein abgeschafft werden, oder — wenn nicht, dann müßten wir allerdings in den lauren Adel beiben und auch künftig Prämien in ausbreitender Höhe behalten, um kontingenterung zu bleiben. Das sei praktische Politik.  
Hr. Spahn (Zentr.) erklärt namens seiner Freunde, daß sie der Vorlage mit einer kleinen Einschränkung zustimmen würden. Richter kann der Ansicht des Landwirtschaftsministers nicht be-treten, daß, wenn die jetzigen Verhandlungen erfolgreich seien, wieder zu einer Erhöhung der Prämien geordnet werden müßte.  
Hr. Waagse (Nat.) acceptirt das Reichsgesetz, von dem er sich freilich viel hätte für die Zuckerindustrie nicht verzeihen. Um die Position der verschiedenen Regierungen gegenüber Österreich und Frankreich bei diesen Verhandlungen zu stärken, werde er in der zweiten Lesung eine Resolution dahin beantragen: der Reichstag wolle die verschiedenen Regierungen um einen Gesetzentwurf Bezug Erhöhung der Zuckerhülle-Prämien ersuchen, falls nicht inzwischen auf dem Wege der internationalen Vereinbarung die gänzliche Abschaffung der Zuckerhülle-Prämien ergebe.  
Hr. Schippel (Soz.): Was in der Begründung dieser Soc-

lage fragt wird, ist das Gegenstück von dem, was uns 1891 bei Einführung des damaligen Gewerbesteuer-Gesetzes in Aussicht gestellt wurde. Demnach wurde von Anfang an beabsichtigt, daß eine einseitige Erhöhung der deutschen Einkommensteuer einen Rückgang der deutschen Industrie zur Folge haben würde. Wie diesem, ließ es damals, den Übertrag zum Fortfall der Ausfuhrprämien in Aussicht auf andere Länder nicht länger hinausziehen. Das ist genau der Standpunkt, den wir heute vertreten. Sind denn die Zuerstprämien von anderen Ländern nicht auch herabgesetzt worden? Fragen wir darnach nicht den Abgeordneten, sondern den Professor Waacke, so steht nicht in seinem Handbuch über die Zuerstprämien ausser Zweifel, daß Frankreich seine Prämie in derselben Zeit, in der wir sie um 1,25 Mt. herabsetzten, um mehr als das Doppelte ermäßigt hat. Was uns der Schiffsrechtler erzählt hat, daß bei anderen Staaten ihre Prämien nicht ermäßigt haben, sind also Jagdschichten. Dätten wir 1891 die Ausfuhrprämien abschafft, so würden wir dieselbe Kritik heute nicht haben. Wir müssen die Vorlage ablehnen. (Beifall links.)

Hg. v. Staub (Kon.) spricht für die Vorlage; dankt Romens' seiner Freunde beiden Ministern für das Interesse, welches sie bei dem vorliegenden Gegenstande der Landwirthschaft bewiesen haben. Betonen möchte er aber, daß er selbst ein Zeuge seiner Freunde dem Antrage Waacke nicht zu verweigern mit der heutigen Resolution Waacke) durchzuführen, sondern er würde sich für die vorgeschlagene Resolution dankbar sein.

Hg. Richter (H. I. H.) spricht sich entschieden dahin aus, daß die Ausfuhrprämien nicht auf ihrer jetzigen Höhe bleiben dürften, sondern herabgesetzt und schließlich aufgehoben werden müßten.

Schiffsrechtler Graf Poldowski kommt auf die Ausführungen des Hg. Meyer zurück.

Hg. Puschner (Reichsp.) spricht sich kurz für die Vorlage aus.

Hg. Symula (Zentr.) acceptirt die Vorlage, wenn er auch bedauert, daß man nun aus dem definitiven Gesetz bis 1897 warten solle. — Dem Abgeordneten Waacke könne man nur für die vorgeschlagene Resolution dankbar sein.

Hg. Luge (Kantl.) ist für die Vorlage.

Hg. Meyer-Dalle ergreift zu polemischen Ausführungen gegen den Schiffsrechtler das Wort.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen Waacke und Schiffsrechtler schließt die Debatte und die erste Lesung.

In der sofort folgenden zweiten Lesung bringt Hg. Spahn einen Antrag ein, der die Vorlage einen Zusatz hinzuzufügen, wonach der Bundesrath ermächtigt sein solle, die Ausfuhrprämien bedingungsweise oder ganz außer Kraft zu setzen, wenn die Kaufmannschaften jenseits internationaler Verträge einen gleichartigen Antrag stellen.

Hg. Richter (H.) führt noch aus, daß für die Zuerstprämien die Hauptfrage sei, ob man sie aufheben könne, oder ob man sie auf eine internationale Vereinbarung stützen könne, was weit besser, als durch die jetzige Vorlage dadurch zu betonen, daß man es bei den bestehenden Bestimmungen belasse.

Inzwischen ist die angehängte Resolution Waacke eingegangen. Schiffsrechtler Graf Poldowski erklärt, die verbündeten Regierungen acceptiren die Resolution.

Eine weitere Debatte findet nicht statt.

Der Antrag Spahn wird angenommen. Die Abstimmung über das durch diesen Antrag abgeänderte Zuckersteuer-Gesetz ist auf Antrag des Hg. Singer eine namentliche.

In der Abstimmung betheiligten sich 186 Mitglieder, von denen 140 für, 46 gegen die Vorlage votiren. Das Haus ist danach nicht beschlußfähig. Die Sitzung muß daher abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Montag.

**Aus Stadt und Land.**

**Bant, 20. Mai.** Bei Beginn der Aussäße möchten wir die Ausflüger darauf aufmerksam machen, in den Wäldern ja sorgsam bei dem Anzünden von Zigarren und Pfeifen zu verfahren und ja keine brennenden Streichhölzer wegwurfsen. Einmal wegen der Gefahr des Waldbrandes und dann, weil die Unachtsamkeit zu einem gänzlichem Raucherbott führen kann. In den „Nachr. f. St. u. L.“ will irgend ein Hypochonder, der seine Freunde daran hat, anderen Menschen gern eine Freude zu verderben, aus dem Oldenburger Forst- und Feldpolizeigesetz herauslesen, daß man im Walde nicht rauchen dürfe, weil durch das preussische Kammergericht das preussische Forstgesetz so ausgelegt worden ist. Die einschlägigen Bestimmungen des oldenburger Forst- und Feldpolizeigesetzes lauten: „Wer mit unvorsichtiger Feuer und Licht den Wald oder ein Torfmoor betritt oder in gefährlicher Weise sich nähert, wird mit Geldstrafe bis zu 50 Mt. bezw. bis zu 14 Tagen Haft bestraft. Derselbe Strafe hat zu gewärtigen, wer glimmende oder brennende Gegenstände fallen läßt, fortwirft oder unvorsichtig behandelt.“ Der klare Wortlaut des Gesetzes verbietet also das Rauchen nicht, nur das Wegwerfen von glimmenden Zigarrenstummeln, brennenden Streichhölzern u. s. w. ist verboten. Mögen die Ausflüger dies beachten, um nicht auch eine Gesetzesauslegung herbeizuführen, wie das preussische Kammergericht sie beliebt hat.

**Bant, 20. Mai.** Man klagt hier immer über zu hohe Steuerlasten und behauptet, in Wilhelmshaven sei es in diesem Punkte viel besser. Wir halten die hiesigen Steuerverhältnisse keineswegs angenehm für die Steuerzahler, sondern halten auch die Steuerstränge für reichlich schief angezogen. Daß in Wilhelmshaven die Dinge in

dieser Hinsicht besser liegen, daß Wilhelmshaven ein Eldorado für Steuerzahler ist, scheint uns aber nach folgendem Nachsatz im „Wtlb. Tagebl.“ nicht der Fall zu sein. Wir lesen in der gestrigen Nummer:

Wilhelmshaven, 18. Mai. In den letzten Tagen sind die Steuerzettel für das neue Rechnungsjahr den Steuerpflichtigen zugeföhrt worden. Die Zettel haben für einen Theil unserer Bürger eine unangenehme Ueberraschung insofern gebracht, als die Angaben der Selbsteinkätzung oft nicht beachtet, sondern bei der Besteuerung bedeutend überschritten worden sind. Das ist natürlich sehr empfindlich und läßt die Würde der Selbsteinkätzung als beinahe verächtlich erscheinen. Auch die Zugabe der Vermögenssteuer hat Manche bitter empfunden. — Im Allgemeinen scheint auf den durch die Abwesenheit der Schiffe bedingten Rückgang in unseren Erwerbsverhältnissen wenig Rücksicht genommen worden zu sein.

Das heimelt, meinen wir, gewiß nicht an.

Wilhelmshaven, 19. Mai. Es ist bekanntlich eine alte Erfahrung, daß in Militär- und Bureaufantant der Korporal oder der untergeordnete Beamte manchmal sich eine Machtvollkommenheit einbildet und auszuüben sucht, daß man meinen könnte, er wäre General oder bittarischer Chef der Kanalei des Reichskanzlers. Es wäre ein Wunder, wenn von diesem Korporal- und Subalternbeamtenthum die Welt- und Marineverwaltung verschont bliebe und geht er daher auch hier und kommt hier und dort zum Ausdruck. Wir wollen allerdings zugeben, nicht so allgemein und so häufig, als wie in anderen Verwaltungszweigen. Es mag daher kommen, daß viele Beamte, wie die Betriebsbeamten der Werft, aus dem Arbeiterhande hervorgegangen und der Gemaltheit so leicht nicht sich ihrer so völlig bemächtigt hat; ferner, daß die Marine, aus welcher viele Beamte hervorgehen, doch nicht so ganz und gar „romantisch“ wie das Landheer, sondern, sagen wir, etwas bürgerlicher ist, was daher kommen dürfte, daß bei der Marine weniger gute Gewehrgriffe, guter Paradeschritt u. a. ausschlaggebend sind, sondern die Kenntnis bürgerlicher Vantnungen. Freilich wird Alles gethan, um den bürgerlichen Geist oder gar das proletarische Bewußtsein aus diesen Beamtenhellen-Antworten auszutreiben und soll der militärische und bürokratische Geist leider auch Fortschritte machen. Wenn wir in diese Exkursion in der Naturgeschichte des Bureaufantant kommen, ehe wir den Kern der Sache besprechen, so geschieht es, weil wir einmal kurz dorthin wollten, woher es kommt, daß wir dann und wann an einzelnen Personen das Wesen des Bureaufantantismus zu beleuchten Gelegenheit haben. Es ist ein Kommentar dazu, den Diejenigen, und das sind gewöhnlich Beamte, überhören mögen, die über unsere Kritiken so sehr erboht sind und uns unterhelfen, wir kritisierten aus purer Wollust und aus Geschäftstriebe und behaupten, wir gingen darin soweit, daß wir alle Schandthaten oder Fehler der Beamten an das Tagelicht zögen, dagegen die Sünden und Schandthaten der Arbeiter nicht blos mit dem Mantel der Liebe zu bedecken, sondern systematisch todtzuschweigen oder gar in Tugenden umlösen. Diese aber uns so erbohten Leute vergessen nur, abgesehen von der vollständigen Grundlosigkeit dieses Vorurtheils, daß das Beamtenthum sich betrachtet und betrachtet wird als eine Stütze von Staat, Thron und Altar; als etwas Höheres und Besseres wie das Bürger- und Proletariatspad. Es ist dies die notwendige Wirkung des eingepflanzten und gepflegten militärischen und bürokratischen Geistes. Das Beamtenthum ist daher aus verschiedenen Gründen vielmehr der Kritik ausgesetzt, wie jeder andere Stand. Die Arbeiter aber gelten als das Element der Negation, des Unkrautes, der Unzufriedenheit, Unbotmäßigkeit, aber auch als die von Natur aus Untergeordneten; sie sind gegenüber dem Bureaufantantismus die Beherrschten und jene die Herrscher. Wo es Herrscher und Beherrschte giebt, giebt es auch Unterdrücker und Unterdrückte, und gegen die Ersten uns zu wenden, ist unsere Pflicht und Aufgabe; sie zu kennzeichnen und festzunageln, wenn sie vollends sich noch das Mantelchen der Moralität umhängen und die Stützen der Gesellschaft spielen, ist unser gutes Recht, das wir uns nicht nehmen lassen. Dieses Raisonnement mußten wir vorausschicken, um gewisse Angriffe und Beschuldigungen, die gegen uns in der letzten Zeit nachschwebt, zurückzuweisen. Und nun zur Sache: Auf der Raff. Werft und zwar auf dem Schiffe „Siegfried“ sind die Arbeiter aus dem Schiffbau-Resort mit ihrem Werkmeister J. recht unzufrieden und, wie uns scheint, mit vollem Recht. Die

Arbeiter müssen seit mehreren Wochen über Zeit arbeiten bis 8 1/2 Uhr Abends. An den Zahlungstagen erhalten nun diese Leute ihren Lohn, anstatt, wie die Verberordnung vorschreibt, um 6 1/2 Uhr, nach Schluß der gewöhnlichen Arbeitszeit, erst um 9 Uhr, also am Schluß der Ueberstunden. Das wäre nun am Ende noch nicht so schlimm, wenn der Herr Meister die Gewogenheit hätte, auf dem Schiffe den Lohn auszuzahlen, so aber müssen die Schiffbauer von Bord des Schiffes, das vor der Kesselschmiede liegt, nach dem Bureau des Meisters pilgern, das bei dem Arbeitsplatz in der Nähe der Tellerwerkstatt liegt. Wer die Verhältnisse kennt, der wird begreifen, daß es dann 9 1/2 Uhr Nachts wird, bis die Arbeiter von der Werft kommen und es vorgekommen ist, daß sie von den Schutzleuten, welche die Thormache haben, angehindert worden sind, warum sie sich so lange auf der Werft herumtrieben. Ohne Zweifel ist diese Abweidung des Abzahlungsgehalttes eine unnothige Qualerei der abgearbeiteten Leute, besonders der alten Leute, die nur mühslich ist, wo der Bureaufantantismus seine Wüthen treibt. In seiner Privatfabrik würde eine solche Ganzwilligkeit und Qualerei möglich sein. Das Eigenthümliche dabei ist, daß wie es die Verberordnung will, die Arbeiter um 6 1/2 Uhr ihr Geld erhalten und die Rier und Stemmer, die auch Ueberstunden machen müssen, darum am Zahlungstage keine Ueberstunden machen, sondern bisher um 6 1/2 die Arbeit verlassen haben, um den Unnämlichkeiten, die aus der späten Auszahlung entstehen, aus dem Wege zu gehen. Wir haben die Ueberzeugung, daß diese Ueberst. Anlaß zur Remedur geben werden und daß dem J. der alle Eigenschaften eines Emporkömmlings, nicht im besten Sinne verstanden, besitzt, ein besseres Verhältniß für die Verberordnung von oben beigebracht wird. Freilich könnte es auch nichts schaden, wenn die Schiffbauer weniger ängstlich in Verfolgung ihrer Interessen und einiger Würde. An den Rierern und Stemmern hätten sie sich ein Beispiel nehmen sollen.

Wilhelmshaven, 20. Mai. (Von der Marine.) Nach telegr. Meldung an das Oberkommando der Marine ist der Kreuzer „Prinzess Wilhelm“, Kommandant Korvettenkapitän v. Holkenborg, am 18. Mai in Aken eingetroffen und am selben Tage nach Colombo weitergegangen. — Der Kreuzer der Kreuzerdivision „Jrene“, Kommandant des Chefs der Kreuzerdivision, Kommandant Hoffmann, und „Arkona“ sind am 17. Mai in Shanghai eingetroffen, und der Kreuzer „Seadler“, Kommandant v. d. Groden, ist am 18. Mai von Bombay nach Jambihar in See gegangen. — Der Kreuzer „Alexandrine“, Kommandant Kapitän J. S. Schmidt, beabsichtigt nach dem Reiseplan am 23. d. M. von Plymouth nach Wilhelmshaven in See zu geben und am 25. Mai hier selbst einzutreffen. Das Schiff beginnt nach der Inspektion sofort mit der Bekämpfung und wird auf der Wilhelmshavener Werft außer Dienst gestellt. Die Offiziere gehören zur Norddivision, die Mannschaft dagegen zur Ostdivision. Letztere werden nach der Auserweisung des Schiffes nach Kiel überführt.

Oldenburg, 20. Mai. In der letzten Sitzung der städtischen Kollegien wurde unter anderen Berathungsgegenständen über die Wahl von Mitgliedern des Ausschusses der Versicherungskasse des Kreisbezirks Oldenburg verhandelt. An der Wahl betheiligten sich 15 Wahlberechtigte mit 12849 Stimmen, darunter die Stadtgemeinde Oldenburg mit 2272 Stimmen. Der Magistrat hat sich mit den wohlbedachten Kommunalverbänden in Verbindung gesetzt und ist über gewisse Personen, die den Wahlberechtigten vorgeschlagen werden sollen, eine Einigung erzielt. Danach werden von Seiten der Arbeitgeber-Fabrikdirektor Beuter zu Oldenburg und von Seiten der Versicherungskasse Carl Köster hier selbst vorgeschlagen. Der Gesamtentscheid ist genehmigt, dem Antrage des Magistrats gemäß, daß die Namen dieser Personen von dem Magistrat in den Stimmentzel eingetragen werden.

Verden, 19. Mai. Heute fand hier das 1. Bundesfest des Nordwestdeutschen „Arbeiter-Sängerbundes“ statt. Betreten waren 16 Gesangsvereine, davon allein neun aus Bremen. Nachdem am Morgen eine Sitzung der Delegirten und gegen Mittag die Generalprobe stattgefunden, wurde nach dem Nachmittags-Gottesdienst das Fest mit einem imposanten Umzuge eingeleitet und nahm dasselbe einen sehr schönen Verlauf.

**Quittung.**

Für den Parteifonds erhalten: Ausfluß der roten Regier 1,50 Mt. Der Vertrauensmann.

**Wer ein gutes Bett**  
Vertrauen entgegen bringen; wir würden dieses Vertrauen, welches wir uns im Laufe der Zeit durch unsere Reellität erworben haben, auf's Spiel setzen, wenn wir uns dazu verstanden, mit Schundwaare zu schleudern. Man kann nur in den Geschäften wirkliche Vortheile finden, in denen der große Umsatz das billige Einkufen von Waare ermöglicht.

**Wulf & Brandtsen.**

**Gesucht**  
zum 1. Juni eine kleine zwei- oder dreizimmerige Wohnung in Bant oder Umgegend. Zu erfragen bei Herrn Kaufm. Louis v. Radhen, Bant, Werftstr. 9.

**Ein junger Mann**  
von 19 Jahren sucht Stellung als Hausknecht oder Kutcher. Näheres zu erfahren bei Tischler Wenshausen, Nordstraße, Bant.

**Zu vermietthen**  
zwei Oberwohnungen zum 1. August, ein möblirtes Zimmer mit und ohne Schlafkabine. Wo sagt die Expedition d. Bl.

**Zu vermietthen**  
gutes Logis Grenzstraße, 46, oben. Eine gute, milchgebende Ziege zu verkaufen. Bant, Nordstr. 17.

578 Montag den 27. Mai, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr

im Saale des Herrn Heiltschmidt „Zur Arche“, Bant:

Dienstag den 28. Mai, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr

im Saale des Herrn Sadewasser „Tivoli“, Tonndiech:

# Große öffentl. Volksversammlungen.

## Tagsordnung:

1. Die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen. Referentin: Frau Emma Ihrer. — 2. Diskussion.

Zu diesen Versammlungen sind die Frauen ganz besonders eingeladen.

Der Einberufer.

I Neue Wilhelmshav. Strasse I.

## M. Kariel,

Größtes Spezial-Geschäft eleganter fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung, sämtlicher Arbeitszeuge und Herren-Bedarfsartikel Wilhelmshaven, Neue Wilh. Strasse I.

Elegante Jacket- u. Rock-Anzüge von 11—48 Mk.

Sommer-Paletots in feinsten Modefarben von 13—33 Mk.

Einzelne Jackets von 7—15 Mk.  
Hosen in Cheviot, Buckstirn u. Kammgarn von 2,50 Mk. an.

Knaben- und Jünglings-Anzüge in größter Auswahl, geschmackvollste Verarbeitung, von 2,50 Mk. an.

Anfertigung nach Maß in schnellster Zeit preiswerth unter Garantie des guten Sitzes.

Verkauf zu unerreicht niedrigen, jedoch streng festen Preisen. Freundliche Bedienung.

Ich zeige den Empfang frischer Waare an in:  
**Bettfedern und Daunen**  
sowie  
**federdichten Julets.**  
Anfertigung eines Bettes in einigen Stunden.  
**Anton Brust, Bant.**

**Neu! Neu!**  
**Kaffee - Essenz**  
in Gewürz- und Spardosen à Dose 18 Pf.  
**R. Pels, Neue Wilh. Str. 60.**

**Wäsche** wird gewaschen und geplättet, auch werden das Strümpfe gestrichelt. Frau Jager, Kopperhöfen, Gasthof z. Hamb. Eiche, oben.

**Waarenhaus**  
**B. H. Bührmann.**

**Gardinen**  
vom Stück geschnitten  
Meter von 12 Pf. an.  
Abgepaßte Fenster in weiß und crème, per Fach (2 Flügel)  
von 1,25 Mk. an  
bis zu den feinsten Qualitäten in hochparten Dessins.

**Verein der vereint. Schlachtergefelln zu Wilhelmshaven.**

### Einladung

zu der am **Sonntag den 26. Mai 1895** im Hotel „Burg Hohenzollern“ stattfindenden

## Fahnenweihe

mit folgendem

### PROGRAMM:

Um 2 Uhr: **Weihe der Fahne** im Garten der „Burg Hohenzollern“, sodann **Festzug** durch folgende Straßen: Marktstraße, Göterstraße, Roonstraße, Oldenburger Straße, Königstraße, Mantelstraße, Jachmannstraße, Hinterstraße, Neue Straße, Bismarckstraße, Göterstraße, Dürriesenstraße, Grenzstraße, Neue Wilhelmshavener Straße, Werftstraße, Verl. Roonstraße, Königstraße nach „Burg Hohenzollern“.

Von 4 $\frac{1}{2}$  bis 6 Uhr: **Konzert.** Anfang des Balles 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Entree 1 Mk. 50 Pf.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

**Hochfeine**  
**Molkerei - Grasbutter**  
aus der Centrifugal-Dampf-Molkerei Gilsam (Ostfriesland) à Pfund 1,10 Mk.  
in  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{2}$  Pfund empfiehlt  
**H. Pels, Neue Wilh. Str. 60,**  
Alleinverkauf für  
Bant und Wilhelmshaven.

**Waaren-Haus**  
**B. H. Bührmann.**

**Loden-Hüte**  
**prima Qualität**  
modernste Façons!  
**Mk. 1,00.**

**Gutes Logis**  
Bremerstraße 9, Neubremen.

**Unserem Freunde E. H.**  
zu seinem heutigen Geburtstag  
**ein donnerndes Hoch!**  
daß die ganze Ostfriesenstraße wackelt und wir nicht an der leeren Flasche zappeln.  
**Seine Freunde: E. L., T. H.**

**Tüll-Gardinen**  
in großer Auswahl.  
Die Preise sind niedrig!  
**Anton Brust, Bant.**

**Bremer Spiritus**  
Liter 40 Pf.  
**Petroleum**  
Liter 20 Pf.  
**R. Pels, N. Wilh. Str. 60.**

**Gesucht**  
auf sofort ein Lehrling für meine Zimmerei und Bautischerei.  
**H. Eggerichs, Neue Wilhelmsh. Str. 16.**



**Styria-Fahrräder**  
empfiehlt  
**A. Kuhlmann, Uhrmacher.**

**Komet-Fahrräder**  
empfiehlt billigt  
**Aug. Jacobs,**  
Uhrmacher.

**Stundenmädchen**  
für den Nachmittag zum 1. Juni gesucht.  
Zu erfragen in der Expedition d. Bl.  
**Billiges Logis**  
auch mit voller Pension.  
Wo sagt die Expedition d. Bl.

**Zwei anständige junge Leute**  
erhalten gutes Logis bei  
**H. Kruse, Bant, Am Markt.**

**Todes-Anzeige.**  
Gestern Morgen 4 Uhr starb nach längerer Krankheit unser liebes Söhnchen  
**Ese Ernst**  
im Alter von 9 $\frac{1}{2}$  Monaten, was wir allen Freunden und Bekannten tiefbetruert zur Anzeige bringen.  
Bant, den 20. Mai 1895.  
**H. Eien und Frau**  
nebst Angehörige.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr, vom Trauerhause, Adolfsstraße 12, aus statt.

Verantwortlich für die Redaktion: i. B. Karl Schicht, Druck und Verlag von Paul Jürg. Weide in Bant.